

## Die Ursachen der Flucht bekämpfen!

**Der Fuldaer Kreistag hat in seiner Sitzung am 06. Oktober die Landesregierung aufgefordert, die Flüchtlinge in winterfesten Quartieren unterzubringen!**

Auch die LINKE.Offene Liste hat dem zugestimmt. Deutschland steht mit der Aufnahme und Integration von Hunderttausenden Flüchtlingen und Asylsuchenden vor einer der größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung. Weder der grundgesetzlich verankerte Schutz der Menschenwürde noch das Grundrecht auf Asyl dürfen für die Bewältigung zur Disposition gestellt werden.

Die Fixierung der öffentlichen Debatte auf Restriktionen und Abschreckung geht an den Realitäten vorbei. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung flüchten, fragen nicht danach, ob sie in Deutschland Taschengeld bekommen. 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass innerhalb der EU wieder Zäune und Mauern wachsen, während die Außengrenzen einer "Festung Europa" gleichen.

In Syrien herrscht seit 2011 Krieg. Es gibt einen Konflikt zwischen den USA und Russland. Obama will Assad stürzen, Putin will es nicht. Vor dem Krieg gegen Afghanistan hatten wir relativ wenige Flüchtlinge aus Afghanistan im

Gegensatz zu heute. Zur Zeit sind wenige Flüchtlinge aus dem Jemen, aber wenn Saudi-Arabien weiter Krieg gegen den Jemen führt werden wir viele, Tausende, Abertausende Flüchtlinge aus dem Jemen bekommen. Daran wird doch eines deutlich: Man muss die Ursachen der Flucht bekämpfen. Das ist das Entscheidende

Die gesetzlichen Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts und Leistungseinschränkungen für Flüchtlinge lehnen wir als kurz-sichtigen Aktionismus ab. Wir teilen die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Einschränkung der Gewährleistung des Existenzminimums für **alle in Deutschland lebenden Menschen**.

DIE LINKE.Offene Liste fordert eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge. Dass Asylbewerberinnen und -bewerber bis zu sechs Monaten zwangsweise in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen, ist inakzeptabel. Die Asylverfahren müssen deutlich beschleunigt werden.

Eine umfassende und transparente Finanzierung der Kosten für die Flüchtlinge ist dringend nötig.

Nicht die bereits Benachteiligten in unsere Gesellschaft sondern Gutverdienende und Vermögende müssen die Finanzierung tragen.

Für den Landkreis Fulda fordern wir:

- Die Praxis im Fuldaer Landkreis, dass Bedürftige, ob Bezieher von Arbeitslosengeld II, Flüchtlinge oder andere Personengruppen, wegen fehlender bezahlbarer Wohnungen finanziell bestraft werden muss aufhören.
- Ein Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Landkreis.
- Die Unterbringung in dezentralen festen Unterkünften
- Eine umfassende Bürgerbeteiligung bei der Unterbringung von Flüchtlingen,
- Ein Beschäftigungsprogramm für Flüchtlinge und Arbeitslose.

### Aus dem Inhalt:

**Seite 2:  
Behördennummer 115**

**Seite 3:  
Kritik an den Kreisseiten  
Wohnraumförderung  
Krankenhausfinanzierung**

**Seite 4:  
Woide stellt Mindestlohn in Frage**

**Impressum**

## Landkreis führt Behördennummer 115 ein!

**In seiner letzten Sitzung hat der Kreistag den Kreisausschuss ermächtigt die 115 Charta zu unterzeichnen und eine Kooperation mit interessierten Städten und Gemeinden zur flächendeckenden Umsetzung der Behördennummer 115 im Landkreis Fulda einzugehen.**

Die 115 informiert Bürger und Wirtschaft über Leistungen des öffentlichen Dienstes. Sie gibt Auskunft zu den am häufigsten gefragten Leistungen der Kommunen sowie der Landes- und Bundesverwaltungen, zum Beispiel:

- Wie lange bekomme ich Elterngeld?
- Wie melde ich ein Gewerbe an?
- Wo meinen Hund?
- Wie sind die Regeln zum Rundfunkbeitrag?
- Wo beantrage ich ein Führungszeugnis?
- Wo kann ich standesamtlich heiraten?
- Wie beantrage ich BAFÖG?
- Wo entsorge ich meine alten Terrassenmöbel?

... und zu vielen Fragen mehr.



Die LINKE.Offene Liste hat sich gegen die Unterzeichnung der Charta ausgesprochen.

Wir sehen in der Behördennummer 115 für den Landkreis und seine Kommunen keinen relevanten Vorteil. Bürgernähe erreichen man nicht mit

einem Callcenter. Die Erfahrungen mit Callcentern schrecken viele Bürger/innen ab. Gerade in unserem ländlichen Raum geht man direkt ins Rathaus oder ruft direkt dort an.

Bereits seit Jahren versucht nun der Bund die 115, die im Jahr 2007 eingeführt wurde, zu bewerben. Dennoch fehlen im 115-Verbund nach wie vor die Bundesländer Thüringen, ebenso wie Niedersachsen, Brandenburg und Bayern. In den drei zuletzt genannten Bundesländern sind nur einzelne Gemeinden über die 115 erreichbar.

Und auch in manchen teilnehmenden Bundesländern ist erst ein relativ überschaubarer Satz der Gemeinden angeschlossen. Im Regierungsbezirk Kassel ist Fulda der erste und einzige Landkreis.

In Baden Württemberg sind nur ca. 100 Städte und Gemeinden angebunden.

Die Stuttgarter Zeitung berichtete im November 2014 folgendes:

*Neben Stuttgart stammen die meisten teilnehmenden Kommunen (über 50) aus dem Rhein-Neckar-Kreis. Dieser hat jährliche 132.000,- Euro auszugeben.*

*Im Vergleich zu den Kosten und der Zahl der Einwohner sind die Nutzerzahlen bescheiden: Zuletzt haben gerade 510 Bürger im Monat die 115 angerufen, für die ein regionales Service-Zentrum in Ludwigshafen eingerichtet worden ist.*

*Angesichts dieser Bilanz hat der Kreistag vor Kurzem einhellig den Antrag von Landrat Stefan Dallinger (CDU) abgelehnt, die 115 von 2015 an in den Regelbetrieb zu übernehmen. Stattdessen wurde die Pilotphase noch einmal um ein Jahr verlängert. Es ist eine letzte Gnadenfrist. „Wir werden einer weiteren Verlängerung sicher nicht noch einmal zustimmen, wenn Ende 2015 die Zahlen nicht besser geworden sind“, erklär-*

*te stellvertretend auch für alle anderen Fraktionen der Sprecher der Freien Wähler, der Wilhelmfelder Bürgermeister Hans Zellner. Die Idee der Nummer sei theoretisch gut, „aber sie wird nicht angenommen“, lautet sein Fazit.*

Soweit die Stuttgarter Zeitung:

Schaut man sich die teilnehmenden Kommunen an, so kann man erkennen, dass überwiegend Großstädte, die 115 nutzen. Es lässt sich vermuten, dass sie hierbei Personaleinsparungen realisieren wollen. Damit wirbt auch die 115 bei den Kommunen. Für kleinere Kommunen kommt das aber aufgrund der dünnen Personaldecke kaum in Frage. Aber auch das hat mit mehr Bürgernähe nichts zu tun.

Neben der Kostenfrage und der Bürgernähe stellt sich auch noch die Frage der Auswirkungen auf die föderalen Zuständigkeiten. Zwar geht es bei der 115 zunächst nur um Auskunftserteilung. Dennoch ist ganz klar zu erkennen, dass über die Weiterentwicklung durchaus ein Workflowsystem geschaffen wird und somit föderale Aufgabenzuständigkeiten verschwimmen.

Der kommunale Einfluss sinkt. Die hier vorliegende Charter stellt eine Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland dar. Im § 3 geht man eine Kooperation ein. Festgelegt ist, dass Bund und Länder entscheiden, die Vertreter der kommunalen Ebene werden gehört. Es ist schon seltsam, dass ein System welches überwiegend kommunaler Nutzung dient ohne deren Zustimmung gestaltet wird. Wir glauben dass dies auch ein Grund für die geringe Beteiligung der Kommunen ist.

Die vom Land nun in Aussicht gestellten Fördermitteln sollten uns nicht dazu bewegen grundsätzlich falsche Weichenstellungen zu beschließen. Wir haben daher die Unterzeichnung der Charter durch den Landkreis Fulda abgelehnt.

## Kritik an Kreisseiten - „Verschwendung von Steuergeldern“

Die LINKE.Offene Liste hat den Kreisausschuss aufgefordert in den Kreisseiten sich auf öffentliche Bekanntmachungen, Darstellung und Transparenz der Arbeit des Kreisausschusses, des Kreistages, der Ausschüsse und auf Sachinformationen für die Bürger/innen zu beschränken.

Begründung:

Die Veröffentlichungen in den Kreisseiten gleichen in der letzten Zeit eher einer Yellow Press als einem Organ für öffentliche Bekanntmachungen.

Diese, auch mit hohen Kosten verbundene Bürgerinformation, kann nur

eine Berechtigung haben wenn es sich um grundlegende und sachbezogene Information und Transparenz über die Arbeit der kommunalen Gremien und Politik, sowie allgemeine Informationen an die Bürger/innen handelt.

Hier stellen die Hobbys von Mandatsträgern oder Verwaltungsangestellten keine sachlichen Beiträge dar, sondern eine Verschwendung von Geldern aus dem Kreisetat.

Unser Antrag wurde von CDU abgelehnt. SPD, CWE und FDP unterstützten unsere Initiative.

## Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Die Kreistag hat sich einstimmig unserem Antrag angeschlossen und den Kreisausschuss beauftragt Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu prüfen. Landrat Woide bestätigte die Notwendigkeit und sagte das man hierfür auch schon arbeite.

Hintergrund:

Bereits seit Jahren spitzt sich die Lage für günstigen bezahlbaren Wohnraum im Landkreis Fulda zu. Insbesondere für Singlehaushalte und Studenten sind kaum Wohnungen zu finden. Nun benötigen Hunderte von Flüchtlingen bezahlbaren Wohnraum. Auch der Landkreis und die Kommunen finden kaum Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge.

Für auf finanzielle Unterstützung angewiesene Bürgerinnen und Bürger sind kaum preiswerte Wohnungen zu erhalten, die den Vorgaben der Behörden entsprechen. Es ist zu erwarten, dass die Mieten in Anbetracht der aktuellen Entwicklung steigen werden. Dies belastet insbesondere Menschen mit geringem Einkommen. Daher sollte dringend zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Zur Realisierung könnte unter anderem die Bildung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft im Verbund mit Gemeinden und hiesigen Banken geprüft werden, auch die Möglichkeit zusätzlicher Wohnungsbauförderprogramme wäre zu prüfen.

Zur Situation in der Stadt Fulda



Zuwenig bezahlbare Wohnungen gibt es in Fulda. Jahrelang gab es kaum Zubauten in diesem Segment, ehemalige Sozialwohnungen fielen aus der Mietpreisbindung. Langfristig brauchen wir jährlich mind. 30 neue Sozialwohnungen um den Bedarf zu decken. Nach jahrelangem Bohren der Fraktion "Die Linke.Offene Liste" hat der Magistrat nun zugeben müssen, dass auch 2015 keine neuen Sozialwohnungen in Fulda entstanden sind.

## Krankenhausfinanzierung!



Die aktuell abgeschlossene Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes mit der Halbierung der Bereitschaftsdienstzentralen erfolgte über die Köpfe und gegen die Proteste der Betroffenen.

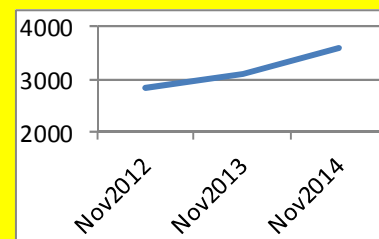
Die Konsequenzen der Reform werden deutlich. Krankenhäuser klagen über eine höhere Inanspruchnahme von Rettungsdienst und Notfallambulanz durch Patientinnen und Patienten, die keine echte Notfallerkranke haben. Notfälle müssen länger warten.

Die Kliniken kommen durch die zusätzlichen Aufgaben, die nicht entsprechend honoriert werden, in weitere finanzielle Schwierigkeiten.

Pro Patient erhalten die Kliniken eine Pauschale von 30,- Euro für die Behandlung. Die tatsächlichen Kosten beim Klinikum in Fulda belaufen sich aber auf 130,- Euro.

Bund und Land müssen die Krankenhausfinanzierung endlich auf eine solide Basis stellen. Die jetzige Situation ist für Patienten und Personal untragbar.

Fälle in der Zentralen Notaufnahme im Klinikum Fulda



**Gesundheit ist  
keine Ware!**

Asyldebatte:

## Woide stellt Mindestlohn in Frage!

**Im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Fulda, hat Landrat Woide in der Kreistagsitzung den Mindestlohn in Frage gestellt.**

Wir sind der Auffassung: Wer Flüchtlinge aus dem Mindestlohn herausnehmen will gefährdet den sozialen Frieden.

Der Landrat läuft Gefahr, mit seiner Forderung eine höchst gefährliche Debatte in Gang zu setzen.

Es geht ja nicht allein um den Umstand, dass der Landrat gerade Errungenschaften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer torpedieren will. Er begründet dies mit der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

Im Klartext heißt das: Herr Woide will eine Billiglohnkonkurrenz gegen einheimische Arbeitskräfte schaffen, auf deren Rücken wie auf dem der Flüchtlinge.

Wer derlei Vorschläge in die Welt setzt, sollte wissen, dass er Wasser auf die Mühlen all jener lenkt, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit propagieren. Mit Integration hat das alles nichts, aber auch gar nichts zu tun.“

Impressum:

**DIE LINKE.Offene Liste**

**Bettina Licht  
An der Röthe 16  
36145 Hofbieber**

[kontakt@die-linke-fulda.de](mailto:kontakt@die-linke-fulda.de)

[www.linke-kreis-fulda.de](http://www.linke-kreis-fulda.de)

**Ihre Abgeordneten im  
Fuldaer Kreistag:**

**Michael Wahl    Pia Hainer**



Mindestlohn Ja oder Nein, Reichensteuer Ja oder Nein?  
Volksabstimmungen - so wie in der Schweiz - geben den  
Menschen ihre Stimme zurück. In wichtigen Fragen müssen  
die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können,  
immer und nicht nur alle vier Jahre.

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)